

Protokoll
der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend, Sport und Soziales der
Stadtverordnetenversammlung

Ort und Zeit: Aula in der Grundschule „Am Weinberg“, Schulplatz 3, 14712 Rathenow,
10.05.2021, 16:30 bis 17.33 Uhr
- Präsenzsitzung

Teilnehmer: Abgeordnete
Diana Golze – Vorsitzende des Ausschusses
Dirk Przedwojewski
Klaus Reimann
Fredericke Timme
Ingo Wilimzig
online: Herr Gensicke
Herr Jean-Luc Meier

Sachkundige Einwohner:
Andreas Kubale
Denis Mai
online: Kathrin Großmann
Eileen Schnelle

Vertreter der Verwaltung:
Jörg Zietemann (Amtsleiter HA)
Reinbern Erben (Amtsleiter BA)
Ingrid Struwe (SG Bildung und Kindereinrichtungen)

Techniker:
Herr Bötzel, Fa. Soundpower

entschuldigt: Seniorenrat: Frau Gerold
Frau Wenzel

Protokollantin: Heike Kersten

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Frau Golze begrüßt alle Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend, Sport und Soziales, die Vertreter der Verwaltung, die sachkundigen Einwohner und alle, die an dieser Sitzung teilnehmen, auch digital. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung und Änderungsanträge

Die Einladung ist allen Teilnehmern ordnungsgemäß zugegangen, die Tagesordnung wird bestätigt.

Es gibt keine Änderungsanträge. Die **Tagesordnung** wird wie folgt einstimmig bestätigt:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung und Änderungsanträge
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 08.03.2021 – öffentlicher Teil
4. Einwohnerfragestunde
5. Bericht aus dem Bürgeramt
6. Bericht aus dem Hauptamt
7. DS 057/21 Vergabevorschlag zur Verteilung der sozialen Zuschüsse 2021 –
Infovorlage
8. Anfragen und Anregungen

Nichtöffentlicher Teil

9. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 08.03.2021 – nichtöffentlicher Teil
10. Anfragen und Anregungen

3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 08.03.2021 – öffentlicher Teil

Frau Golze fragt nach Einwendungen oder Anmerkungen zu dem Protokoll.

Da keine Wortmeldungen oder Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 08.03.2021 vorliegen, ist das Protokoll somit bestätigt.

4. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

5. Bericht aus dem Bürgeramt

Herr Erben übermittelt die Informationen aus dem Bürgeramt mittels seiner Präsentation - siehe Präsentation Bürgeramt (Anlage 1)

Herr Erben gibt während seiner Präsentation den Hinweis, dass für die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend, Kultur, Sport und Soziales am 14.06.2021 die **Themenkomplexe Kita-Benutzungssatzung und Kita-Elternbeitragssatzung auf die Tagesordnung zu setzen** sind, damit die SVV in ihrer für den 23.06.2021 geplanten Sitzung darüber beschließen kann.

Leider liegt vom Verwaltungsgericht Potsdam das bereits im letzten Jahr angekündigte Urteil in Sachen Einvernehmens-Erklärung noch nicht vor. Das Verwaltungsgericht Potsdam wollte im I. Quartal 2021 terminieren, was aus unbekanntem Gründen bis dato noch nicht erfolgte. Auch blieben Nachfragen bisher erfolglos.

Frau Golze fragt nach Abschluss des Berichtes aus dem Bürgeramt nach Anmerkungen der Anwesenden aus dem Saal.

Herr Meier, der online zugeschaltet ist, fragt, worauf die enorme Kostensteigerung für den Umbau der Küche in der Kita „Olga Benario“ beruht, da die vorherige Schätzung bei 85.000,- € lag.

Herr Erben erläutert, dass die Zahl „85.000,00 €“ seine eigene Schätzung war. Eine belastbare Zahl aus dem Baubereich lag ihm zu dem Zeitpunkt der Schätzung nicht vor. Jetzt liegt die Schätzung zum Bau vor - von der Ertüchtigung der Küche bis hin zum Fettabscheider - für Bauarbeiten, Fliesenlegerarbeiten, Elektroinstallation sind 150.000,00 € nur für den reinen Baubereich veranschlagt. Hinzu kommen schätzungsweise 30.000,- € für Geräte und Ausstattung, so dass mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln zuzüglich einer Förderung die gesamten Kosten abgedeckt wären.

Frau Golze selbst richtet eine Bitte an Herrn Erben. Sie fragt, wie die betreuten Personen aus dem Obdachlosenheim mit dem ungewohnten Ablauf umgehen, wenn sie statt wie bisher auf unbestimmte Zeit dort zu bleiben, jetzt nur noch die Frist von einem Monat gilt und jeden Monat die Unterbringung neu zu beantragen ist.

Wie gehen die Menschen damit um und wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Wohnungsnotfallhilfe, mit dem Verein, der in Rathenow Wohnungen angemietet hat? Gibt es erste Erfahrungen, die man weitergeben kann?

Herr Erben beantwortet zunächst den ersten Teil der Frage, dass es natürlich eine Belastung des Systems ist. Jedoch teilen alle zuständigen Mitarbeiter die Einschätzung, dass man ohne deutlichen Druck aus dem System nicht herauskommt, was sich über die Jahre etabliert hat.

Die Bewohner des Obdachlosenhauses waren bisher mit der Handhabung zufrieden und richteten sich entsprechend ein. Wenn eigene Anstrengungen zur Überwindung der sozialen Schwierigkeiten abverlangt werden sollen, muss auch auf die Notwendigkeit deutlich hingewiesen werden. Das geht nur, wenn immer wieder deutlich gemacht wird, dass das Obdachlosenheim keine Dauerperspektive ist.

Die Umstellung geschieht nicht als Verwaltungsakt, sondern jeweils im Gespräch mit den Bewohnern.

Herr Erben schätzt die Zusammenarbeit mit der Wohnungsnotfallhilfe so ein, dass die Gesprächsangebote überaus hilfreich sind und die Entwicklung des Angebots sehr positiv ist, jedoch das System der ambulanten Hilfe noch durchaus ausbaufähig sei. Er ist optimistisch, dieses in einer positiven Gesprächsatmosphäre gelöst zu kriegen.

6. Bericht aus dem Hauptamt

Herr Zietemann begrüßt alle Anwesenden sowie die online zugeschalteten Teilnehmer.

Herr Zietemann kündigt an, zu dem Stand der Bedarfsanalyse zur geplanten Sporthalle am Jahn-Gymnasium sowie der Planung des diesjährigen Stadtfestes einen Überblick zu geben.

Zunächst berichtet Herr Zietemann im Allgemeinen: Die Sportanlagen sind aufgrund der Corona-Auflagen sämtlich geschlossen. Seit einigen Tagen liegt die Inzidenz im Havelland unter 100, daher ist Herr Zietemann optimistisch, dass in einigen Tagen – wenn der Wert weiterhin unter 100 bleibt – ab Freitag wieder die 7. Brandenburgische Eindämmungsverordnung in Kraft tritt. Demnach dürfen dann die Außensportanlagen wieder betrieben werden. Es gibt bereits Nachfragen von Vereinen, unter welchen Bedingungen man wieder Sport treiben darf.

Innerhalb der Stadtverwaltung ist man sich einig, sobald Erleichterungen und Lockerungen zugelassen sind, eine unverzügliche Umsetzung zu gewährleisten. Nur der Sport in Sporthallen ist für Vereine und Gruppen weiterhin noch nicht erlaubt.

Ebenfalls sind die Kultureinrichtungen weiterhin vorerst gesperrt. Der Optikpark hat jedoch offen und war am Wochenende zum Muttertag sehr stark besucht.

Herr Zietemann informiert über das Gespräch in der vergangenen Woche mit dem Bewerber für die Ausrichtung des **Stadtfestes 2021**. Dieser plant das Stadtfest – wie bereits im vergangenen Jahr – stattfinden zu lassen. Natürlich ist das Feiern des Stadtfestes immer noch von den Zahlen der Corona-Inzidenz abhängig.

Geplant ist der Start des Stadtfestes am Freitagabend im Optikpark sowie Samstag und Sonntag die Innenstadt an mehreren Punkten mit Leben zu füllen. Das ist nicht nur für Rathenower wichtig, insbesondere auch für die Händler*Innen.

Seit ca. 1 ½ Wochen – seit dem 28.04.2021 – ist die **neue Homepage** der Stadt Rathenow am Start, die vorher ca. 2 Wochen im Testbetrieb lief. Bis dato sind viele positive Reaktionen zu verzeichnen; wir bekommen viel Lob, weil diese für optisch erfrischend befunden wird. In den ersten Tagen waren tägliche Zugriffszahlen von etwa 4.000 zu verzeichnen, was sich jetzt auf 1.000 bis 2.000 Zugriffe in den letzten Tagen eingependelt hat.

Auch die kulturellen Termine werden zu jederzeit aktuell eingepflegt, so dass dieses einen entsprechenden Mehrwert für alle bedeutet und für die Rathenower ein Bezugspunkt ist, um schneller über Termine informiert zu sein.

Herr Zietemann kommt zum nächsten Punkt: Einige **Vereinsmitglieder** sind an die Stadtverwaltung herantreten, weil diese seit Anfang 2020 keine **Mitgliederversammlungen** durchführen durften. Wer dringend eine Mitgliederversammlung einberufen muss, weil es das Vereinsrecht vorsieht, kann sich gerne an die Stadt wenden, da die Sporthalle in der Mühle hierfür zur Verfügung gestellt wird. Die Halle wird ausgelegt und für bis zu 50 Personen bestuhlt, so dass die Vereine dort ihre Mitgliederversammlungen – nach vorheriger Terminabstimmung – durchführen und somit ihre vom Finanzamt und Vereinsregister geforderten Pflichten erfüllen können. Der Zeitraum für die Mitgliederversammlungen ist von Ende Mai bis Anfang Juni 2021 für ca. 2 Wochen vorgesehen.

Herr Zietemann informiert, dass die Skaterbahn am Schwedendamm versteigert wurde und längst hätte abgeholt werden sollen; jedoch ist der Lkw kaputt gegangen. In den nächsten 14 Tagen wird die Skaterbahn nun abgeholt (nach Angermünde). Soweit zu den allgemeinen Informationen.

Nun kommt Herr Zietemann zur angekündigten Bedarfsanalyse für die **Sporthalle am Jahn-Gymnasium**. Aus den ermittelten Zahlen ergibt sich eindeutig ein bestehender Bedarf. Die Jahn-Grundschule führt 15 Klassen mit 363 Schüler*innen und das Gymnasium 20 Klassen mit 657 Schüler*innen. Beide Schulen verfügen über eine Sporthalle, teilen sich aber den Sportplatz.

Die Sporthalle der Grundschule weist eine Größe von 264 m² aus. Nach eigener Erfahrung sowie Rücksprachen mit den Lehrern, die dort den Sportunterricht betreiben, und der Schulleiterin der Grundschule und angesichts der hohen Klassenstärken ist ein geordneter Sportunterricht nur unter mäßigen Bedingungen möglich. Sollten beispielsweise 3 Klassen gleichzeitig Sportunterricht haben, herrscht mit etwa 75 Schülern ein enormer Lärmpegel in der Halle.

Die größere Sporthalle des Gymnasiums hat eine Größe von 330 m², die kleinere 107 m². Auch diese Größe ist nicht ausreichend. Der Sportunterricht für die höheren Klassen wird seit Jahren in die Havellandhalle ausgelagert.

Die Raumprogrammempfehlung besagt, dass bei bis zu 4 Zügen 968 m² vorgesehen sind. Somit klafft eine Lücke von nahezu 500 m² zur empfohlenen Raumgröße. Herr Zietemann bezieht sich auf eine Empfehlung aus dem Jahre 2015; seither ist die empfohlene Raumgröße mit Sicherheit nicht verringert worden.

Im vergangenen Jahr wurde die Kostenschätzung vorangetrieben: Bei optimalen Bedingungen beläuft sich der Mittelwert auf knapp 5,4 Mio €, bei schlechteren Bedingungen werden die Ausgaben auf bis zu 6,3 Mio € geschätzt. Da sich mittlerweile die Baustoffpreise deutlich erhöht haben, kann von dem realistischeren Wert von 6,3 Mio € ausgegangen werden.

In dem Lageplan wurde eine Einpassung vorgenommen. Herr Zietemann zeigt eine Vorlage mit 2 Varianten zur Auswahl. Die eine Variante zeigt gegenüber der Jahn-Grundschule auf dem Sportplatz die geplante 3-Felder-Halle mit den seitlichen Parkflächen zur Feierabendallee und die zweite Variante sieht vor, dass die geplante Halle um 90° gedreht wird.

Herr Zietemann kündigt an, dass seitens der Stadt eine Bauvoranfrage gestellt und ergründet wird, ob nach § 34 BauGB gebaut werden kann oder ein B-Plan notwendig ist; es werden beide Lagepläne eingereicht. Welche Variante am Ende gebaut wird, steht heute nicht zur Diskussion. Herr Zietemann zeigt lediglich auf, **wo** die Sporthalle erbaut werden soll.

Sobald der nächste Stand bekannt ist, werden die Fraktionen in der SVV informiert, wie und wann es am Standort weitergeht.

Herr Zietemann weist zu diesem Punkt abschließend darauf hin, dass aus Sicht der Verwaltung der Bau der Sporthalle unabdingbar ist.

Nun geht Herr Zietemann zum nächsten Punkt über; die Ausschreibung der **Ausrichtung des Stadtfestes 2022 bis 2024**. Das Konzept wurde im letzten Ausschuss vorgestellt; seitdem fanden mehrere Gespräche mit Bewerbern statt. Submission war in der vergangenen Woche. Zwei Interessenten gaben ein Angebot ab; die Auswertung erfolgt jetzt; mit Ergebnissen ist in der nächsten Woche zu rechnen. Über die Tendenzen wird der Ausschuss selbstverständlich informiert.

Herr Zietemann betont, dass es wichtig war, überhaupt Interessenten zu haben, die jedoch leider nicht aus Rathenow kommen. Interessierte Rathenower Gastwirte, mit denen zuvor Gespräche geführt wurden, haben sich nicht beworben.

Frau Golze dankt für den Bericht und fragt nach Anmerkungen oder Wortmeldungen zum Bericht.

Frau Timme bringt ihre Freude über den geplanten Bau der Turnhalle zum Ausdruck und äußert ihren Wunsch, dass diese größere Turnhalle auch für andere, nicht sportliche Veranstaltungen, z. B. Abi-Bälle, genutzt werden sollte.

Herr Reimann nimmt Bezug auf den Verkauf der Skateranlage am Schwedendamm und fragt, wohin. Des Weiteren interessiert ihn, was man mit dem nun frei gewordenen freien Platz vorhat.

Herr Zietemann gibt Auskunft, dass die Skateranlage versteigert wurde nach Angermünde. Derzeit finden Gespräche zur Planung des frei gewordenen Platzes statt. Die vorhandene Betonoberfläche wird vermutlich weggerissen; über eine andere Oberfläche ist man gerade in der Abstimmung, wie letztendlich der Platz herzurichten ist.

Herr Meier meldet sich zu Wort und fragt sich, warum § 34 BauGB zutreffend sein soll, da dieser für das Bauen im Außenbereich gilt. Ist das geplante Gelände für die zu errichtende Turnhalle Außenbereich?

Herr Zietemann antwortet nach kurzer Recherche, dass § 34 BauGB die Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der bebauten Ortsteile regelt und somit zutreffend sei.

7. DS 057/21 Vergabevorschlag zur Verteilung der sozialen Zuschüsse 2021 – Infovorlage

Hierzu stellt Frau Golze unter Bezugnahme auf die Vorlage fest, dass es sich um eine reine Informationsvorlage handelt, zu der Herr Zietemann sicherlich noch vorzutragen hat.

Herr Zietemann erklärt hierzu, dass – wie jedes Jahr – der Vergabevorschlag vorliegt. Es geht um zu vergebende 22.000,00 €. Aufgrund von Corona gab es im vergangenen Jahr durch die sozialen Vereine deutlich weniger Veranstaltungen. Jedoch gibt es einen festen Stamm von Vereinen, wovon 19 Vereine einen Antrag abgegeben haben.

Das Frauenhaus wird mit 10.000,- € jährlich separat bedacht – ohne Antragstellung -, wozu sich die Stadtverordneten verpflichtet haben und dieses somit für die Stadt bindend ist.

Des Weiteren konnte dem Verein Tafel e.V. mehr Stabilität gegeben werden, mit dem vor Jahren beschlossenen festen Zuschuss von jährlich 2.500,00 €.

Bedacht wurde mit einem Zuschuss auch die „Spirelli-Bande“, wobei Herr Zietemann sein Bedauern äußert, dass sich Engagierte dafür einsetzen müssen, dass Kinder ein ordentliches Frühstück bekommen. Er betont den Wunsch der Stadt, auch hier Verlässlichkeit einzuführen mit einem verbindlichen Zuschuss von 2.000,00 €.

Ansonsten sind die Mittel – je nach Vorlage der Anträge – verteilt worden. Wobei die größeren Vereine, die seit Jahren Unterstützung erhalten, auch die größeren Positionen für eine größere Sicherheit zugeteilt bekamen und die kleinen Vereine jeweils mit 100,00 € bedacht wurden.

Herr Zietemann äußert abschließend seine Zufriedenheit, dass die Stadt – als verlässlicher Partner – den Vereinen mehr Stabilität geben kann.

Herr Meier bekommt das Wort und bezieht sich auf den zuvor besprochenen Umbau der eigenen Küche in der Kita „Olga Benario“ von ca. 160.000 € und fragt, ob es nicht sinnvoll wäre, in einer Küche alle Einrichtungen (Kitas und Schulen) zentral zu bekochen und diese durch kurze Wege mitzuversorgen. Somit würden lange Anfahrten von z.B. Magdeburg vermieden werden. Herr Meier findet die jetzige Situation unbefriedigend.

Herr Erben bedauert, dass die Diskussion jetzt geführt wird, weil diese bereits im letzten Jahr maßgeblich geführt wurde und darauf die Haushaltsplanung ausgerichtet wurde. Herr Erben betont, dass es nicht darum geht, vorrangig effektiv zu kochen, sondern um frische Zubereitung. Transportwege sollen generell wegfallen. Herr Erben erklärt, dass es Ziel sei, in den Einrichtungen selbst zu kochen.

Eine zentrale Küche der Stadt, die für die Versorgung aller stadt eigenen Einrichtungen zuständig ist, bedeute auch, dass alle anderen Küchen schließen und ein großer Neubau zu planen wäre. Keine vorhandene Küche hat die Kapazitäten für eine solche Größenordnung. Darüber hinaus die Versorgung gewerblich anzubieten, überschreitet nach Ansicht von Herrn Erben den zulässigen Rahmen. Diese Aufgabe obliegt nicht mehr den Kita-Trägern, sondern der gewerblichen Vorschrift.

Herr Meier widerspricht Herrn Erben. Seiner Ansicht nach geht es nicht um eine gewerbliche Angebotsstrukturierung, weil das Essen nicht „fremden Leuten“ angeboten wird, sondern um die Versorgung der stadt eigenen Kitas. Solange die Stadt mit gesunder ortsnahe Versorgung für ihre eigenen Einrichtungen keinen Gewinn erwirtschaftet, wäre dieses keinesfalls ein Gewerbe, sondern sei rechtlich völlig unproblematisch.

Herr Erben stellte fest, dass er die Einlassung vom ersten Vortrag des Herrn Meier völlig falsch verstanden habe.

Herr Meier erwähnt, er sei noch nicht fertig. Es stellt fest, dass z.B. eine Küche in der Grundschule „Am Weinberg“ eingerichtet wurde und schlägt vor zu prüfen, ob die Kapazität ausreicht, eine weitere Einrichtung mitzuversorgen; das wäre auch ökologisch sinnvoll. Des Weiteren erinnert sich Herr Meier, dass die Diskussion über die Küche nicht im vor einem Jahr, sondern vor mindestens 3 oder 4 Jahren geführt wurde.

Abschließend fasst Herr Meier zusammen, dass nach seiner Vorstellung stadt eigene Einrichtungen – ohne Gewinnabsicht – mit gesunder Nahrung aus der Region andere Einrichtungen mitversorgen. Er gibt letztendlich noch den Hinweis, dass er sich jedoch nicht übergangen fühlt.

Herr Erben ist aufgeschlossen, die Diskussion zu führen; jedoch glaubt er nicht, dass sich die von den Stadtverordneten beschlossenen Pläne für den Umbau der Küche in der Kita „Olga Benario“ auf Eis legen lassen. Das Thema „Zentrale Küche“ kam durchaus einige Male zur Sprache, was aber hieße, alle vorhandenen Küchen zu schließen und an zentraler Stelle für

alle Einrichtungen zu kochen. Herr Erben bekundet, dieses nicht als Arbeitsauftrag verstanden zu haben.

Die Übernahme von Lieferverpflichtungen aus kleineren Einrichtungen, sprich: Göttlin und Semlin, in die bestehenden Küchen ist sehr wohl Absicht. Jedoch kann in keiner dieser Küchen die Schulversorgung sichergestellt werden. Das Essen für die Grund- und die weiterführenden Schulen überfordert seiner Ansicht jede Kapazität der einzelnen Kita-Küchen.

Frau Golze erteilt nochmals Herrn Meier das Wort für eine letzte Nachfrage.

Herr Meier bekräftigt, dass „wir“ auf einem Weg seien, ...

Der Ton der Übertragung ist sehr abgehakt und lückenhaft.

Frau Golze weist Herrn Meier auf die vorhandenen Tonprobleme hin, mithin dass er gar nicht mehr zu hören sei. Daher schlägt Frau Golze Herrn Meier vor, dass er bei weiteren Fragen Herrn Erben aufsucht, um diese im Nachgang zu besprechen.

Frau Golze ergänzt, dass sich an der bestehenden Beschlussfassung nichts ändere.

8. Anfragen und Anregungen

Frau Timme meldet sich unter dem Punkt Anregungen: Sie schildert, dass die Bundesregierung ein Budget für Jugendprojekte bis zu 1 Mio € zur Verfügung gestellt hat. Frau Timme hat selbst mit anderen Jugendlichen aus dem ganzen Land an der Ausarbeitung eines dieser Projekte mitgewirkt. Sie erhielt die Nachricht, dass die von ihr mit entworfene Projektidee es in den bundesweiten Onlinepool geschafft hat.

In dem Projekt – es beinhaltet 10 Handlungsfelder - geht es darum, jugendgerechte Kommunikation zu finden, betitelt als ein Jugend-Politik-Portal. Frau Timme äußert ihre Bitte, dass ihre Projektidee unterstützt wird, weil dann ab März nächsten Jahres vom Bundesjugendministerium eine Förderung bis zu 100.000,- € möglich wäre, um diese Idee in die Realität umzusetzen. Frau Timme kündigt an, in den nächsten Tagen eine Info-Vorlage hierzu zu versenden.

Frau Golze vermutet, dass diese Projektidee die einzige Idee aus Rathenow ist, die es in diesen Onlinepool geschafft hat.

Frau Timme bestätigt dieses.

Frau Golze dankt für die Anregung und schlägt vor, die Infos über diese Abstimmung – sobald diese von Frau Timme vorliegen - über das Protokoll zu versenden.

Herr Mai meldet sich zu Wort und hat eine Nachfrage zum Thema Kita-Hort-Beirat. In den Reihen der SVV wurde ja die Änderung der Hauptsatzung beschlossen. Herr Mai möchte wissen, wie es hinsichtlich der Zusammensetzung weitergeht.

Herr Erben antwortet, dass es in der Satzungsänderung bereits angelegt ist, dass zu Beginn des Kita-Jahres – am 01.08. jeden Jahres – die Vertreter für den städtischen Kita-Hort-Beirat aus den Einrichtungen zu wählen sind. Diese geben sich eine entsprechende Geschäftsordnung und somit hat das Gremium seine arbeitsfähige Größe.

Alle freien Träger werden durch die Stadt aufgefordert bzw. eingeladen, sich an dem Verfahren zu beteiligen und sie tragen dafür Sorge, dass in den stadteigenen Kitas Wahlen stattfinden.

Herr Mai hatte im Bildungsausschuss am 08.03.21 (er war online zugeschaltet), angeregt, dass mit den jetzigen Mitgliedern und der Stadt ein Gespräch stattfindet, wie diese Umsetzung auch in der jeweiligen Einrichtung vollzogen werden kann. Er stellt fest, dass der Kita-Hort-Beirat in der jetzigen Struktur dann so nicht mehr notwendig sei, da durch die Bildung eines neuen Gremiums mit einer höheren Kompetenz erreicht wurde, was durch die Elternschaft gewünscht worden ist. Nichtsdestotrotz ist es der Wunsch, die bisherigen Erfahrungen einzubringen und sich hierzu zu einem Austausch zusammenzufinden, um die Erfahrungen der letzten Jahre weiterzugeben.

Herr Erben antwortet, dass dieses eine andere Frage ist. Die Umsetzung des Beschlusses kann nur so erfolgen, wie von ihm zuvor beschrieben. Wenn das neue Gremium besteht und arbeitet und sich fehlende Einbindungen ergeben, dann sind solche Gespräche sicher förderlich. Für das Verfahren selbst besteht keine Notwendigkeit, auf Expertise zurückzugreifen. Denn es geht nicht um persönliche Kompetenz, sondern um die Strukturkompetenz. Da das Verfahren selbst klar ist, erschließt sich Herrn Erben nicht, welche Anregungen zum Verfahren noch zu erwarten wären.

Herr Mai verweist auf den Ansatz, dass sich die Vertreter aller Einrichtungen zusammensetzen. Das hat bisher nicht funktioniert, wie beabsichtigt.

Weiterhin äußert er seine Bedenken, dass das Projekt bereits scheitert, bevor es begonnen hat, weil die Eltern nicht dafür gewonnen werden, sich je nach Gremium zusammenzusetzen, so dass die Änderung der Hauptsatzung nichts bewirkt.

Herr Erben ist unsicher, was er mit diesen Bedenken anfangen soll und erklärt hierzu, dass es Verfahren zur Bildung solcher Gremien auch in anderen Bundesländern gibt, ebenfalls auch auf der Kreisebene. Auf diesem Wege wird ein Sitz für die Interessenvertretung der Eltern im Jugendhilfeausschuss organisiert; daher hält er das Verfahren nicht für unmöglich. Wie letztendlich die Elternvertreter in die Arbeit eingebunden werden können, wird Angelegenheit des neu zu bestimmenden Gremiums sein. Wir als Verwaltung können darüber nicht bestimmen, dass es neben den aus den Einrichtungen gewählten Vertretern gesetzte Vertreter gibt, weil diese längere Erfahrung gesammelt haben.

Herr Erben bietet für das am Ende nach der Satzung ergebende Gremium an, dort entsprechend über die Angebote und Erfahrungen des Kita- u. Hortbeirates aus Rathenow zu informieren.

Frau Golze wirft ein, dass sie Herrn Mai nicht so verstanden habe, dass der alte Kita-Hort-Beirat struktureller Bestandteil des neuen Beirates sein will, sondern beispielsweise auf dem Weg zum neuen Beirat Fragen geklärt werden, wie z. B. was ein Beirat macht, was dieser für Möglichkeiten hat und was für ein Arbeitspensum entstehen wird, weil sich die Eltern solche Fragen stellen, bevor sie sich in ihren Einrichtungen zur Wahl melden. Sie schlägt hier eine Wissensvermittlung vor.

Herr Mai bestätigt die Auffassung von Frau Golze. Herr Mai möchte wissen, was tut die Verwaltung dafür, dem Kita- und Hortbeirat entsprechende Legitimation in den Einrichtungen zu geben bzw. welche Informationen werden in die Einrichtungen getragen? Wie werden die Leiter*Innen der jeweiligen Einrichtung animiert, die Information, dass es einen Kita- und Hort-Beirat gibt, an die entsprechenden Elternvertreter weiterzugeben, um sich dann zu bilden?

Die Änderung der Hauptsatzung soll bewirken, dass sich dieses Gremium bildet. Es ist nicht der Ansatz, dass die alten Strukturen bestehen bleiben, sondern die neue Struktur ein fester Bestandteil in der Stadt Rathenow werden soll und nicht scheitert, weil sich keine Elternvertreter finden. Daher betont Herr Mai nochmals seine Frage, was die Verwaltung unternimmt, die Einrichtungen zu animieren, um die Elternvertreter zu dem Eintritt in dieses Gremium zu bewegen.

Herr Erben erwidert, dass die Organisation der Elternvertretung in den stadt eigenen Einrichtungen gängige Praxis sei. Die Erfahrungen aus den letzten Jahren werden an dieser Stelle auch strukturell genutzt. Wenn es zu der von Herrn Mai befürchteten Ablehnung kommen sollte, dann müssen wir als Stadt uns Gedanken machen, ob am System Änderungen notwendig sind. Jedoch teilt er nicht die Bedenken des Herrn Mai.

Herr Mai ist mit dieser Antwort zufrieden; seine Bedenken entsprangen seiner Erfahrung der letzten 5 Jahre. Er ist gespannt, wie sich die zukünftige Zusammensetzung des Kita- und Hort-Beirates gestaltet und hofft auf die freiwillige Mitarbeit der Eltern.

Frau Golze betont an dieser Stelle die Bereitschaft des jetzigen Kita- und Hortbeirates, bei Fragen aller Art beratend zur Seite zu stehen.

Frau Golze beendet hiermit den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:27 Uhr.

Nach Erhalt kann gegen den Wortlaut des Protokolls bei der Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend, Sport und Soziales Einspruch erhoben werden.

Diana Golze
Ausschussvorsitzende



Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport und Soziales 10.05.2021



Infos aus dem Bürgeramt

- Seit 01.03.2021 neue Stellen für Schulsozialarbeiterinnen (Projekträger Diakonisches Werk Havelland e.V.)
 - Grundschule „Otto-Seeger“: Frau Julia Weißkrüger
 - Grundschule „Friedrich Ludwig Jahn“: Frau Anabell Hansen
- Seit 03.05 2021 Projektstelle Migrationsassistentin Kita Jenny Marx
 - Frau Najla Katkhda
 - Förderung aus der Richtlinie des MBS zum Integrationsbudget
 - Weitere Projekte bei IKW SozialProjekte gGmbH und AWO
- Seit 29.04.2021 Betriebserlaubnis Kita „Abenteuerland“ für 88 Kita-Plätze, Start mit 33 Kindern



Infos aus dem Bürgeramt

- In der Sitzung des ABS am 14.06.2021 werden die Kita-Benutzungssatzung und die Kita-Elternbeitragssatzung zu behandeln sein, damit die SVV am 23.06.2021 darüber beschließen kann.
- Die vom Lkrs geforderte mündliche Verhandlung in Sachen „Einvernehmensklärung“ wurde nicht - wie vom VG Potsdam angekündigt - im 1. Quartal 2021 terminiert.
- Der Umbau der Küche in der Kita Olga Benario zur „Koch-Küche“ wird voraussichtlich deutlich teurer als ursprünglich veranschlagt. Allein für Bau-Investitionen sind danach ca. 150.000 EUR erforderlich.
- Die Stadtverwaltung bereitet einen Förderantrag nach der Richtlinie KIP II – Bildung – Kita U6 vor. Der maximale Förderbetrag liegt hier bei 100.000 EUR je Kita. Das Budget des Landkreises beträgt insgesamt 1.323.312 EUR.
- Antragstellung bei der ILB ist seit dem 15. April möglich. Spätester Antragstermin ist der 30. Juni 2022. Dem Antrag muss ein positives Votum des Landkreises beigefügt werden.



Grundschule Rathenow West

- Eingang Baugenehmigung für die Schulsanierung am 10.05.2021
- 11.05.2021 Beginn der Container-Montage
- Nutzungsfreigabe Übergangslösung planmäßig zum 18.06.2021
- Direkt danach anschließend – spätestens zum 01.07.2021 - Beginn der Abrissarbeiten
- Mitte/Ende August Beginn der Rohbauarbeiten
- Zielstellung weiterhin: Fertigstellung zum Jahresende 2022



Bewilligte Fördermittel vom Kreis

Schule	Maßnahme	Zuwendung
Grundschule "Geschwister Scholl"	Bastelschränke, Mikroskop-Kamera, Camcorder	2.062,50
Grundschule "Friedrich Ludwig Jahn"	Wandbild, Musikinstrumente, Waagen	1.474,00
Oberschule "J. H. A. Duncker"	Ausstattung Schulbibliothek, Geräte und Baukästen für Fachbereiche Chemie und Physik	3.880,25
Gymnasium "Friedrich Ludwig Jahn"	Ausstattung Schulbibliothek, Sportgeräte	9.350,00
Gesamtschule "Bruno H. Bürgel"	Musikinstrumente und -Geräte, Experimentiergeräte, Schränke Fachkabinette	7.518,50
	Gesamtsumme	24.285,25



Obdachlosenhaus

- Aktuell 9 Bewohner
- Ordnungsbehördliche Verfügungen zur Unterbringung im OLH ergehen nur noch befristet für jeweils einen Monat
- Information an alle Bewohner, dass sie bei der Suche nach einer eigenen Wohnung bzw. bei der Beantragung von Leistungen der Eingliederungshilfe (§ 54 SGB XII) bzw. zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten (§ 67 SGB XII) unterstützt werden
- Brandenburger Wohnungsnotfallhilfe e.V. bietet im OLH Gesprächstermine zur Klärung von Leistungsansprüchen und zur Vorbereitung von individuellen Anträgen an
- Der Sozialpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes arbeitet künftig in der Rathenower AG Obdachlosigkeit mit